

20. 1. 1917.

ABF

Der Landwirtschaftsminister erklärt, für die landwirtschaftlichen Winterschulen sei bereits über eine halbe Million Mark aufgewendet. Eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse sei zurzeit undurchführbar, auch verbiete leider der Krieg Erhöhung der Mittel für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die nächste Viehzählung werde etwa 14 Millionen Schweine ergeben. Die Getreidepreise dürfe man nicht mehr zwischen den einzelnen Getreidearten differenzieren. Stetigkeit der Preise sei nötiger als absolut hohe Preise. Der Gedanke der Herabsetzung der Schlachtlehpreise sei angesichts der fehlenden Futtermittel naheliegend, dem stehe aber die Verringerung der Butter-, Milch- und Düngermenge gegenüber. Er müsse dem Kriegsernährungsamt gegenüber auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung des Programms der Fleisch-, Fett- und Milchversorgung hinweisen. Der Landwirtschaft müssen zum Ausdruck die nötigen Kohlen zugeführt werden. Das Kriegsamt habe entsprechende Anweisungen erlassen, es sei auch die höchste Zeit gewesen. Mit der Möglichkeit einer Ergänzung der Kartoffeln durch Rüben sei auch im nächsten Jahr zu rechnen. Die Kartoffelversorgung durch eine Zentralstelle sei unmöglich. Im Oktober, November 1916 wurden 700 000 Tonnen Kartoffeln mehr verladen als 1915. Besser teure Kartoffeln als gar keine! Vom Augenblick der öffentlichen Bewirtschaftung an seien die Uebel größer geworden. Unter richtiger Festsetzung werden die Kriegswirtschaftsstellen imstande sein, festzustellen, was die Bedarfskreise brauchen und was die Landkreise liefern können. Alle Strafbestimmungen könne niemand im Kopfe behalten, auch der kleine Landwirt nicht. Er, der Minister, habe immer den Landwirten eingeschärft, sich bewußt zu sein, daß sie im nationalen Interesse tätig sein müssen. Sein Widerspruch gegen einzelne Maßnahmen sei nicht aus Liebe zum größeren Verdienst der Landwirtschaft erfolgt, sondern aus dem Willen, zu bessern und zu helfen. Die Anbaufläche der Zuckerrüben würde im nächsten Jahre gegen 1915 sich um 20 v. H. verringern. Deshalb sei eine Erhöhung des Rübenpreises um 50 v. H. erwägenswert. Die Stickstoffproduktion werde durch sein Ministerium sehr gefördert. Das Ostwaldsche Verfahren sei nicht sehr hoffnungsvoll, dagegen verspreche ein neues Verfahren bessere Ergebnisse. Beurlaubung der landwirtschaftlichen Arbeiter habe er dringend gefordert, die Not sei sehr groß, Hunderttausende fehlten; trotzdem 758 000 Kriegsgefangene beschäftigt würden, seien weitere Beurlaubungen notwendig, um die Frühjahrspflanzung ausreichend zu ermöglichen. Die Bestrebungen auf Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen Stadt und Land fördere er. Der Anbau der Delfrüchte habe sich gehoben. Leider habe der Kriegsausschuß bei der Rückgabe der Delstücker versagt. In Ostpreußen seien die Delstücker noch nicht abgenommen. — Nachdem noch ein Regierungsvertreter Mitteilungen

über den Stand der Versuchen gemacht hatte, wurde die Weiterberatung vertagt.